

**„Strategische Außenhandelspolitik für die Deutsche Wehrtechnik
auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen
Rüstungsmarkt“**

Der nachfolgende Beitrag spiegelt den aktuellen Stand der Diskussion um eine nationale Industrieposition im Zusammenhang mit der Europäisierung der Rüstungsindustrie. Nach einer Standortbestimmung werden anhand von acht zentralen Thesen grundsätzliche Forderungen zum gleichberechtigten Einbringen der deutschen Wehrtechnik in künftige europäische Strukturen zur Diskussion gestellt.

Eingangs soll ausdrücklich betont werden, dass eine gemeinsame europäische Rüstungsbasis unabdingbar ist. Die Integration der nationalen Rüstungsmärkte ist wirtschaftlich, industrie- und sicherheitspolitisch sinnvoll. Sie sichert die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie und fördert gleichzeitig den weiteren Einigungsprozess Europas. Nur eine gemeinsame europäische Rüstungsbasis ist auf wichtigen Feldern kooperations- ja perspektivisch auch wettbewerbsfähig mit der Verteidigungsindustrie der Vereinigten Staaten.

Nun wird zwar die politische Forderung einer nachhaltigen Verbesserung der europäischen Rüstungszusammenarbeit seit Jahren erhoben, entsprechende Taten scheitern jedoch regelmäßig an nationalen Eigeninteressen. Gerade in Zeiten sinkender Verteidigungsbudgets konzentriert sich die Rüstungspolitik unserer europäischen Partner nach wie vor auf die Stabilisierung der eigenen Industrie. Einzig und allein wir Deutschen scheinen auch auf diesem Gebiet mal wieder die besten Europäer zu sein.

Auf dem Wege in die Europäisierung sind insbesondere für die deutsche Industrie veränderungsresistente Hindernisse wie Wettbewerbsverzerrung und mangelnde politische Rahmenbedingungen zu überwinden. Der Wettbewerb wird nicht nur durch die restriktive deutsche Exportpolitik verzerrt, auch hat es die europäische Politik bislang nicht geschafft das Problem der Inkompatibilität von privatwirtschaftlichen und staatseigenen Strukturen in der europäischen Rüstungsindustrie zu überwinden.

Ohne jeden Zweifel ist es die Aufgabe der Industrie, effiziente Strukturen für europäische Lösungen zu entwickeln; im Prozess der Europäisierung der Rüstungsindustrie aber ist es der Monopolist Staat der erforderliche Rahmenbedingungen schaffen muss.

Im Zuge der Restrukturierung wichtiger Zweige der europäischen Rüstungsindustrie gilt es, die Dominanz einer Nation zu verhindern, weil ansonsten die Interessen der anderen gefährdet sind. Überzeugende europäische Unternehmensstrukturen verlangen einen europäischen Interessensausgleich durch gewollte gegenseitige Abhängigkeit, so wie es im LOI (Letter-of-Intent, Framework Agreement)-Prozess explizit erwähnt wird. Nationales Autonomiestreben und Verdrängungswettbewerb innerhalb der Gemeinschaft müssen ausgeschlossen werden. Eine Bündelung der Kräfte bei Wahrung eines fairen und ausgewogenen Interessensausgleichs sichert

nationale - d. h. damit auch ausgewogene europäisch regionale - Wertschöpfung und Arbeitsplatzverteilung. Ergebnis des Eingriffs von Politik darf keinesfalls die Verbesserung der jeweils nationalen Wettbewerbssituation durch Beseitigung innereuropäischer Konkurrenz sein. Die Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie muss einen qualitativen Mehrwert für ganz Europa schaffen. Die Rolle Deutschlands in einem marktwirtschaftlich durchdachten Konzept für eine europäische Rüstungsbasis hängt entscheidend davon ab, dass die Restrukturierung der Industrie von Seiten der deutschen Politik europäisch ausgewogen begleitet und vorangetrieben wird.

Es ist für Deutschland nicht angemessen, die Führung der sich in Europa herausbildenden strategischen Allianzen auf breiter Front den Partnern zu überlassen, selbst wenn diese mit Verweis auf ihre liberale Exportpolitik dafür werben, Systemführer zu werden. Die deutsche Wehrtechnik-Industrie muss dort Führung in Europa übernehmen, wo sie stark ist. Stark ist sie, wo deutsche Firmen Gesamtsystemkompetenz haben, die getragen wird von einer wettbewerbsfähigen Position am Markt.

Dazu an dieser Stelle ein kleiner Exkurs zur Europäisierung des Marineschiffbaus: Auch wenn die Gemengelage um die Bildung eines europäischen Schiffbaukonzerns – einer „EADS zur See“ wie sie oft genannt wird - bis dato noch nebelverhangen ist, so scheint es doch so, als ob französische Industriepolitik à la Sarkozy nach Pharma, Energie und Elektrotechnik auch im Marineschiffbau eine führende europäische Rolle fordert. Sie wird gefordert auch für das staatliche französische Unternehmen DCN, das vom französischen Rechnungshof übrigens jüngst wegen schwerer Managementfehler und fehlender Effizienz massiv kritisiert wurde.

Sollte die technologische Führungsnation des europäischen Rüstungsmarktes nicht immer jene sein, die jeweils die größten Fähigkeiten besitzt und international am konkurrenzfähigsten ist?

Auf dem Gebiet des konventionellen U-Bootbaus ist Deutschland mit seiner nahezu autarken industriellen Basis Weltmarktführer. Sinnvoll wäre deshalb eine Zusammenfassung der europäischen Kapazitäten unter deutscher technologischer Führung bei partnerschaftlicher Teilung der Arbeit.

Zurück zum Kernthema: Die deutsche wehrtechnische Industrie ist ein „Strategisches Pfund“ von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für unser Land. Unsere europäischen Partner, allen voran Frankreich, haben eben diesen besonderen Aspekt der Rüstungs- und Sicherheitspolitik erkannt und setzen dieses „asset“ systematisch ein. Deutschland nutzt diese Art der politischen Einflussnahme leider zu wenig. In unserem Lande wird der wehrtechnischen Industrie nicht die strategisch-politische Bedeutung beigemessen, die sich nutzen ließe. Mit Blick auf die notwendige Positionierung in den zunehmend enger werdenden europäischen Strukturen hat die Deutsche Wehrtechnik deshalb bereits heute wesentliche Einflussmöglichkeiten verloren. Beim großen Preis um die Restrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie startet Frankreich aus der Poolposition während Deutschland in der dritten Reihe erst noch den Motor anlassen muss.

Im Hinblick auf ein wirklich ausgewogenes, d. h. gleichberechtigtes Verhältnis der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungspolitik muss Deutschland seine Hausaufgaben erst noch machen. Es gilt bereits verzerrte Ausgangspositionen zu kompensieren, bevor gemeinsame Strukturen zementiert werden. Die deutsche wehrtechnische Industrie fordert deshalb eine an den nachfolgenden Thesen ausgerichtete strategische Außenhandelspolitik:

These 1 Die deutsche wehrtechnische Industrie braucht eine abgestimmte nationale Strategie.

Michel Stürmer kommentierte in der „Welt am Sonntag“ vom 11. August 2004:

„Es fehlt am Willen und der Vision für eine europäische Industriepolitik, welche Rüstungstechnologie und die damit verbundene Höchstleistung in Forschung und Entwicklung einschließt“.

Dem kann man sich nur anschließen! Die wehrtechnische Industrie braucht eindeutige Orientierung, d. h. verlässliche Planung, größere Realisierungssicherheit aber auch ein klares Bekenntnis der deutschen Politik zu ihrer sicherheitspolitisch begründeten Legitimität. Da sich die Wehrtechnik normalen Marktmechanismen entzieht, muss der Staat in seiner Rolle als Monopolist bei der Nachfrage Strategie und Planung für diesen Bereich eng mit der entsprechenden Industrie abstimmen. Im Zusammenhang mit der Europäisierung der Verteidigungsindustrie gilt es, wichtige nationale Fragen zu klären – beispielsweise:

- Welches sind die Interessen der deutschen Politik in Bezug auf die wehrtechnische Industrie in einem erweiterten Europa?
- Welche Bereiche der Wehrtechnik haben strategische Bedeutung für Deutschland?
- Welche Fähigkeiten und Kapazitäten soll die deutsche Wehrtechnik besitzen, um sich als gleichwertiger Partner in Europa positionieren zu können?

Nicht nur die Streitkräfte auch die Wehrtechnische Industrie befindet sich in einem Transformationsprozess. Hierfür brauchen wir dringendst eine Strategiedebatte. Diese Strategiedebatte könnte von einer gemeinsamen Projektgruppe aus Vertretern der relevanten Ressorts und der wehrtechnischen Industrie geführt werden.

Eine solche Gruppe sollte die strategische Positionierung der deutschen Wehrtechnik im künftigen Europa festlegen. Aspekte der Sicherheits- und Industriepolitik, der Erhalt deutscher Kernfähigkeiten, die SME (small and medium enterprise) und Dual-Use-Problematik, Technologie- und Arbeitsplatzverlust am Standort Deutschland müssen Kern dieser Strategiedebatte werden.

These 2 Zum Erhalt des europäischen Gleichgewichtes müssen die noch verbliebenen wehrtechnischen Kernfähigkeiten von strategischer Bedeutung am Standort Deutschland gesichert werden.

Die deutsche Wehrtechnik hat in den vergangenen zehn Jahren in beispiellosem Maße Know-How und Arbeitsplätze abbauen müssen. Ihr Einfluss in Europa entspricht damit schon heute nicht mehr einem natürlichen europäischen Proporz. Wer in zukünftigen europäischen Strukturen ernst genommen werden will, muss etwas einbringen können. Einfluss ist nur mit eigenen „assets“ und aus der Position der Stärke zu erlangen. Die deutsche Position droht in wesentlichen Bereichen trotz bisheriger Technologieführerschaft verloren zu gehen.

Gefordert wird deshalb eine aktivere Industriepolitik für einen europäisch ausgewogenen Erhalt der Wehrtechnik und seiner Hochtechnologiebereiche auch am Standort Deutschland. Hierzu bedarf es z. B. der Intensivierung haushalterisch langfristig abgesicherter und zukunftsweisender Forschung&Technologie-Projekte.

These 3 Die deutsche WT Industrie braucht nationale Aufträge.

Ein wesentliches Instrument, die deutsche Rüstungsindustrie in sich zu konsolidieren und zugleich sachgerecht für die Bündelung europäischer Fähigkeiten zu positionieren, ist eine durchdachte Investitionsstrategie des Staates.

Nationale Aufträge sichern die notwendige industrielle Grundauslastung, erhalten die Kooperationsfähigkeit und dienen als Referenz für den überlebensnotwendigen Export. Sie sind essentiell für den Erhalt der deutschen wehrtechnischen Industrie und verlangen deshalb Realisierungssicherheit. Vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen müssen alternative Konzepte zur Finanzierung und Realisierung von Beschaffungen umgesetzt werden können.

Gefordert wird die Erhöhung und Verstetigung des absoluten Anteils für Investitionen am Bundeswehrhaushalt. Alternative Konzepte zur Absicherung von Beschaffungsvorhaben z. B. über ein Programmgesetz und neue Finanzierungsmodelle wie Leasing, Public-Private-Partnership müssen mit mehr Nachdruck verfolgt werden.

Bei strategisch wichtigen Projekten soll das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung analog zur amerikanischen Praxis verstärkt und frühzeitig Forschungsaufträge vergeben, da hiermit die strategischen Ausrüstungsentscheidungen der Bundeswehr abgesichert werden.

These 4 Bei internationalen Projekten ist auf einen adäquaten nationalen Wertschöpfungsanteil zu achten.

Die Beteiligung der deutschen Wehrtechnik an europäischen und internationalen Projekten ist oft disproportional zum finanziellen Engagement Deutschlands. Hier wird kein „Juste Retour“ gefordert, aber es ist sicher nachvollziehbar, wenn die deutsche wehrtechnische Industrie fordert, dass ihre Beteiligung in einem ausgewogenen Verhältnis zum finanziellen Beitrag Deutschlands stehen muss.

These 5 Rüstungsexportbestimmungen müssen auf europäischer Ebene harmonisiert werden.

Die im europäischen Vergleich schärferen Rüstungsexportbestimmungen - insbesondere ihre Handhabung durch deutsche Genehmigungsbehörden - benachteiligen die deutsche wehrtechnische Industrie im europäischen Wettbewerb und - fast noch wichtiger in Zeiten der Globalisierung - Deutschlands Genehmigungspraxis schreckt ausländische Partner vor Kooperationen mit der deutschen Industrie ab.

Gefordert werden einheitliche und EU weit verbindliche Rüstungsexportbestimmungen. Für deutsche Sonderwege gibt es keinen Grund mehr.

These 6 Regierungsseitige Exportunterstützung muss europaweit nach einheitlichen Kriterien erfolgen.

Aufträge im Bereich der Rüstung unterliegen bisher nicht den EU-Wettbewerbsregeln. So werden nationale Industrien europäischer Partnerländer weiterhin von ihren Regierungen durch wettbewerbsverzerrende Maßnahmen - wie Subventionen und Offsetforderungen - national begünstigt. Solange diese Situation anhält, muss die deutsche wehrtechnische Industrie - um ihre Ausgangsposition in zukünftig gemeinsamen europäischen Strukturen nicht noch weiter zu schwächen – gleiche Chancen erhalten.

Bei zu geringer nationaler Auftragsvergabe ist die deutsche Wehrtechnik zum überwiegenden Teil abhängig vom Export. Der Wettbewerb im Rüstungsexport wird zunehmend ein Wettbewerb der Nationen. Henry Kissinger hat einmal gesagt: „Nationen kennen keine Freundschaften nur Interessen“. Das gilt auch hier. Europäische Partnerländer wie z. B. Frankreich, Spanien und Italien, in denen sich die wehrtechnische Industrie immer noch überwiegend im staatlichen Besitz befindet, unterstützen ihre Industrie massivst mit wettbewerbsverzerrenden, politischen Initiativen. In Deutschland hingegen wird Rüstungsexport als außen- und sicherheitspolitisch gestalterisches Instrument zu wenig wahrgenommen und eingesetzt.

Gefordert wird die Einrichtung einer institutionalisierten, regierungsseitigen Koordinierungsstelle für alle Maßnahmen der Exportunterstützung (ähnlich der Defense Export Services Organisation DESO in Großbritannien). Die Koordinierungsstelle wäre ein adäquates Instrument einer strategischen Außenhandelspolitik und als zentraler Ansprechpartner verantwortlich für alle Maßnahmen regierungsseitiger Exportunterstützung wie militärpolitische

Beratung, Ausbildungsunterstützung, konditionierte strategische Abgabe von Überschussmaterial, Akquisitionsunterstützung im Ausland, Unterstützung hochrangiger Regierungsvertreter, Government-to-Government-Abkommen, staatliche Garantien usw.

These 7 Rüstungsexporte sollten durch staatliche Finanzierungs- und Garantieinstrumente wie normale Exporte gestützt werden können.

Hermesdeckungen für Rüstungsprojekte außerhalb von Nato und EU sind kaum noch zu bekommen, während andere europäische Staaten diese und weitere Formen staatlicher Hilfen im Rüstungsexport weiterhin gewähren. Dadurch entstehen der deutschen wehrtechnischen Industrie kaum auszugleichende Wettbewerbsnachteile im europäischen Vergleich.

Gefordert wird die Gewährung von Hermesdeckungen und anderer Formen staatlicher Garantien für genehmigte Rüstungsexporte nach denselben Kriterien wie für andere Exportgüter.

These 8 Zum Erhalt ihrer Internationalen Kooperationsfähigkeit braucht die deutsche WT Industrie eine verlässliche politische Basis.

Der Erhalt der internationalen Kooperationsfähigkeit ist überlebenswichtig für die deutsche Wehrtechnik. Durch politische Entscheidungen bei rüstungstechnischen Kooperationen und Zulieferungen aber auch durch die jüngsten Diskussionen zum § 7 AWG, wurde die Kooperationsunfähigkeit der deutschen wehrtechnischen Industrie heraufbeschworen. Dies führt zu einer deutlichen Schwächung unserer rüstungstechnischen Industrie im europäischen Vergleich. Deutschland wird im Ausland als unzuverlässiger Partner wahrgenommen. Singuläre deutsche Forderungen - wie Listen nicht zu beliefernder Endempfängerländer, komplizierte Genehmigungsverfahren bis hin zu politischen Eingriffsversuchen in die Exportplanungen der Partnerländer - müssen deshalb unterbleiben.

Resümee

Die Bilanz der deutschen wehrtechnischen Industrie im Prozess des Aufbaus eines europäischen Rüstungsmarktes sieht nüchtern aus. Es droht die Gefahr, dass Wettbewerbsnachteile zu einer weiteren Reduzierung und Abwanderung vom Standort Deutschland führen. Die Schaffung einer europäischen Sicherheitsagentur ist auch über eine geforderte Budgethoheit allein nicht geeignet, die nationalen Unterschiede gerecht auszugleichen. Deutschland hat bereits zu viel Boden verloren.

Die deutsche wehrtechnische Industrie braucht auf dem Weg nach Europa nichts mehr als klare Perspektiven. Voraussetzung dafür ist, dass Deutschland seine rüstungsindustriellen Interessen eindeutig definiert und dann in ein ausgewogenes europäisches Gesamtinteresse einbringen kann.